

Aufgabenüberlegung zum veränderten Abitur Gemeinschaftskunde

Neuerung: Thema als Leitmotiv

Fördern Freihandelsabkommen die soziale Gerechtigkeit?

Neuerung: Vorangestellter Informationstext zur Kontextualisierung

Das Transatlantische Freihandelsabkommen - engl. Trans-Atlantic Free Trade Agreement (TAFTA) auch EU-USA-(Frei)Handelsabkommen genannt - wurde seit Beginn der 1990er Jahre vorrangig auf wirtschaftsjournalistischer Ebene diskutiert. Die Diskussion erhielt neuen Schwung, als am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2013 US-Vizepräsident Joe Biden die baldige Verwirklichung eines europäisch-amerikanischen Binnenmarktes forderte¹.

Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle war erfreut und versprach sich „einen starken Impuls für Wachstum und Arbeitsplätze“², was eine Voraussetzung für den Wohlfahrtsstaat sei.

Kritiker aus den Reihen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) merkten an: „Immer mehr Menschen widersetzen sich einer Wirtschaftspolitik, die auf umweltzerstörendes Wachstum, Abbau des Sozialstaats und Zerstörung des Gemeinwesens ausgerichtet sei.“³ Freihandelsabkommen, so die Kritiker, förderten die soziale Gerechtigkeit nicht.

Wer liegt nun richtig? Fördern Freihandelsabkommen die soziale Gerechtigkeit?

Neuerung: Vier Teilaufgaben

Aufgaben

Neuerung: Integrierende Bearbeitung vorgegebener Materialien

- 1 Beschreiben Sie an Hand von M 2 mögliche Zusammenhänge zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung. 14 VP

Neuerung: Operator „erstelle“⁴

- 2 Der Autor von M 3 plädiert für „Die Vereinigten Staaten des Westens“ (vgl. Titel M 3).
Erstellen Sie für M 3 eine Mind Map, welche die Argumente für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA darstellt. 14 VP
- 3 Vergleichen Sie, mit welchen Argumenten die Autoren von M 3 und M 4 zu unterschiedlichen Einschätzungen von „TAFTA“ kommen. 12 VP
- 4 Erörtern Sie, ob Freihandelsabkommen die soziale Gerechtigkeit fördern. 20 VP

1 <http://www.sueddeutsche.de/politik/muenchner-sicherheitskonferenz-us-vizepraesident-fordert-freihandelsabkommen-mit-europa-1.1589785>

2 http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130201_BM_Muesiko.html?nn=382586

3 Zitiert nach:
[http://www.attac.de/aktuell/veranstaltungen/event/cal/event///tx_cal_phpicalendar//Frankfurt_Treffen_der_Attac_AG_Welthandel_und_WTO/?tx_cal_controller\[year\]=2013&tx_cal_controller\[month\]=06&tx_cal_controller\[day\]=22&cHash=b86cdf3d4b85d2ef83bdb664aa54b92f](http://www.attac.de/aktuell/veranstaltungen/event/cal/event///tx_cal_phpicalendar//Frankfurt_Treffen_der_Attac_AG_Welthandel_und_WTO/?tx_cal_controller[year]=2013&tx_cal_controller[month]=06&tx_cal_controller[day]=22&cHash=b86cdf3d4b85d2ef83bdb664aa54b92f)

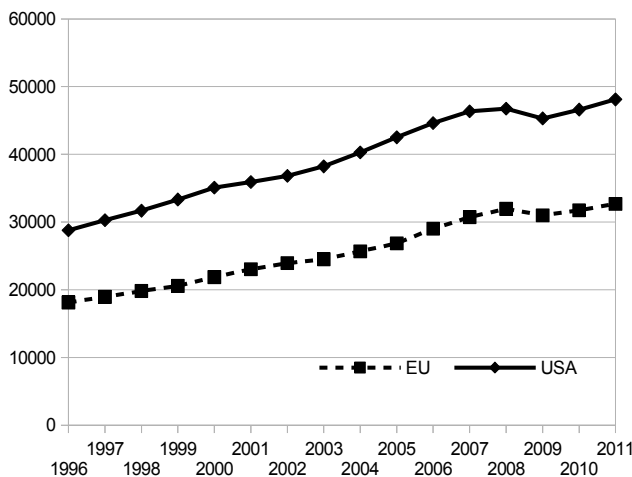
4 Weißes blanko DIN A3 Papier

Materialien

M 1 Grundgesetz

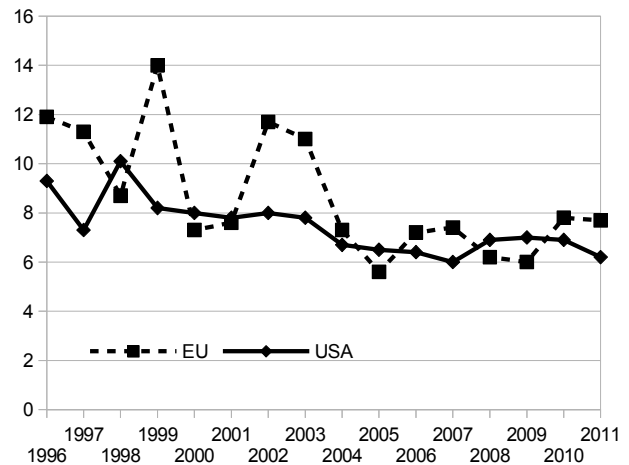
M 2 Statistiken

a) Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nach Kaufkraftparität⁵ in Internationalen Dollar und Jahr



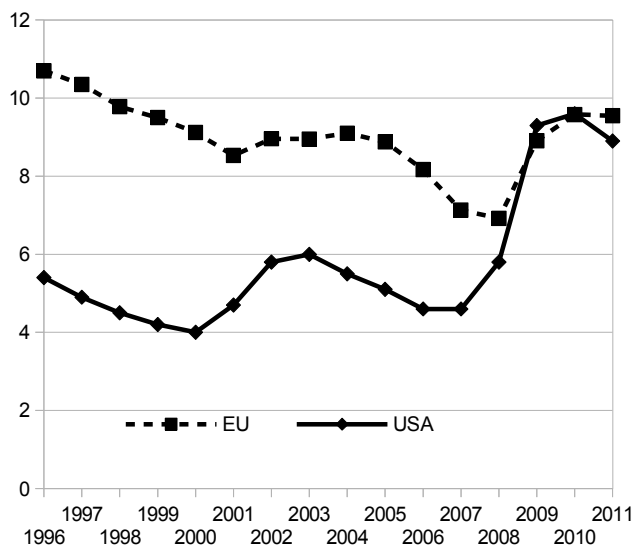
<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD>
(eigene Darstellung)

b) Durchschnittliche Höhe der Zölle in Prozent, alle Handelsgüter nach Jahr



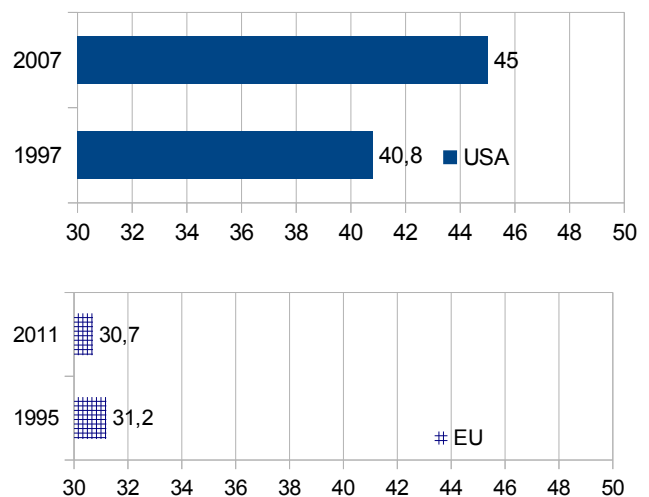
<http://data.worldbank.org/indicator/TM.TAX.MRCH.SM.AR.ZS>
(eigene Darstellung)

c) Arbeitslosenquote in Prozent und Jahr



<http://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS>
(eigene Darstellung)

d) Gini-Index⁶ und Jahr



<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/files/2172.html>
(eigene Darstellung)

5 Die Kaufkraftparität in Internationalen-Dollar gibt an, wie viel Einheiten der jeweiligen Währung erforderlich sind, um den gleichen repräsentativen Waren- und Dienstleistungskorb zu kaufen, den man für 1 US-\$ in den USA erhalten könnte.

6 Der Gini-Index nimmt einen Wert zwischen 0 bei maximaler Gleichverteilung (alle haben ein gleich hohes Einkommen) und 100 bei maximaler Ungleichverteilung (nur eine Person hat das komplette Einkommen) an.

M 3 Die Vereinigten Staaten des Westens

[...] Wagen wir ein Gedankenexperiment. Stellen wir uns vor, der Atlantische Ozean, der Europa und die Küste der Vereinigten Staaten trennt, würde sich zurückziehen. [...]

In diesem Gedankenexperiment bliebe der Westen nicht länger nur ein Gebilde, bestehend aus den flüchtigen Gasen der Politik. Ermuntert durch die geografische Nähe, würden beide Seiten
5 feststellen, wie nahe sie einander sind - kulturell und ökonomisch. Amerikaner und Europäer haben sich nicht weniger zu sagen als Malteser und Deutsche, Franzosen und Polen, Skandinavien und Griechen. Wenn man ehrlich ist, haben Deutsche und Amerikaner sogar deutlich mehr gemeinsame Interessen als Deutsche und Südeuropäer. Wir lieben Griechenland und Spanien. Aber wir brauchen die USA.

10 Die amerikanische und die deutsche Volkswirtschaft funktionieren im Gleichklang - oder gar nicht. Es gibt keinen Aufschwung des einen ohne den anderen. Hustet Amerika, tropft Deutschland die Nase.

Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sind die effektivsten der Welt. Für etwa 370 Milliarden Dollar exportierten die Europäer im Jahr 2011 in die Neue Welt. Für etwa 270 Milliarden Dollar
15 lieferte die US-Wirtschaft in diesem Zeitraum zurück in die Alte Welt. Beide Seiten unterhalten ein dichtes Netz von Firmen im Einzugsbereich des jeweils anderen: Siemens America beschäftigt heute 56 000 Mitarbeiter, so wie General Electric mit fast 90 000 Mitarbeitern in Europa vertreten ist.

Jede zweite Aktie eines deutschen Dax-Konzerns befindet sich in amerikanischem Besitz. Auch
20 jeder zweite Kühlschrank und mehr als 500 000 verkaufte Autos in den USA stammen aus Deutschland. Unser Apple heißt Mercedes. So wie Ford in Köln produziert, betreiben deutsche Firmen ihre Fabriken in so exotisch anmutenden Orten wie Chattanooga (VW), Mount Vernon (Thyssen-Krupp) und Tuscaloosa (Daimler).

Wenn wir nicht wüssten, dass der Ökonom David Ricardo bereits im Jahre 1823 verstorben ist,
25 könnte man meinen, er dachte an die deutsch-amerikanischen Beziehungen, als er die segensbringende Wirkung der globalen Arbeitsteilung beschrieb.

Diese Arbeitsteilung geht mittlerweile so weit, dass die Politiker beider Seiten voneinander abkupfern. Die Obama-Regierung nahm Anleihen beim europäischen Gesundheitssystem, so wie
Kanzler Gerhard Schröder einst die Clinton'schen Arbeitsmarktreflexen "Welfare to work" ins Deutsche übersetzte. Daraus wurde die Agenda 2010.

30 Auch ihre Fehler begehen beide Seiten neuerdings gemeinsam. Zur Rettung des Weltfinanzsystems setzen die Regierungen auf jenes Mittel, das uns erst in die missliche Lage gebracht hat: den Kredit. Das Gift von gestern wird nun als Medizin verkauft. Aber immerhin: So wurde auch der Irrtum transatlantisch.

Nun geht es um den nächsten großen Schritt auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten des
35 Westens: die Bildung einer transatlantischen Freihandelszone.

Tausende von regulatorischen Unterschieden zwischen den Wirtschaftsräumen würden
verschwinden. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum Autos an der Grenze des jeweils anderen umgerüstet werden. Auf Schuhe, Lebensmittel und Computer werden Schutzzölle erhoben, als
handelten zwei feindliche Lager miteinander. Die bisherige Handhabung der Handelsbeziehungen,
40 sagte unlängst die scheidende US-Außenministerin Hillary Clinton, vernichte beim Grenzübertritt jährlich Dutzende von Milliarden.

Das geistige Eigentum unserer Erfinder und Patentanmelder könnte deutlich besser geschützt werden, wenn die Zollbeamten an den Außengrenzen dieses Binnenmarktes ein einheitliches Informationssystem benutzen würden. Heute steuern die Frachter mit asiatischen Raubkopien, sobald in Hamburg die Löschung verweigert wird, einen amerikanischen Hafen an.

In der Steuerpolitik wäre Großes zu leisten. Es macht keinen Sinn, dass der eine ein Schlupfloch schließt, damit es der andere aufreißt.

International würde die Durchsetzung westlicher Standards auf den Arbeits- und Warenmärkten erleichtert. Denn Arbeitnehmer sind für den Westen Bürger und nicht Objekte der Ausbeutung; Kinder sind Kinder und keine Lohnsklaven; die Natur wird geschützt, nicht geschändet. Frauen werden gefördert, nicht erniedrigt. Die Meinung des Andersdenkenden ist uns willkommen und nicht Anlass, die Polizei ausrücken zu lassen. Wohlstand braucht Werte, das wäre die kraftvolle Botschaft dieser Vereinigten Staaten des Westens. [...]

Zwar beten die Amerikaner zu Gott und die Europäer zum Sozialstaat. Doch das gemeinsame Fundament ist ein demokratischer Kapitalismus, wie er sich im Gefolge der Großen Depression des vorigen Jahrhunderts herausgebildet hat. Seit der Einführung der amerikanischen Sozialgesetzgebung im Jahr 1935 und Ludwig Erhards "Sozialer Marktwirtschaft" existiert auf beiden Seiten des Atlantiks ein Wohlfahrtsstaat, der diesen Namen verdient.

Das wichtigste Argument aber ist nicht die gemeinsame Herkunft, sondern die gemeinsame Zukunft. Entweder Amerikaner und Europäer nehmen die neuen Herausforderungen wie den Klimawandel, den internationalen Terrorismus und die Zähmung der Finanzindustrie gemeinsam an, oder sie werden gemeinsam scheitern.

Weder ist der Euro eine rein europäische Währung noch der Dollar eine rein amerikanische. Beide Währungsräume wären schlecht beraten, wenn sie sich auf Kosten des jeweils anderen zu sanieren versuchten. Die rostige Münze nationaler Souveränität verliert im Zeitalter der Globalisierung ständig an Wert.

Selbst gemeinsam würden die Vereinigten Staaten des Westens keineswegs die Welt dominieren. Aber sie würden ihrem Bedeutungsverlust entgegenwirken. Amerikaner und Europäer machen rund zwölf Prozent der heutigen Weltbevölkerung aus, 45 Prozent des heutigen Weltsozialprodukts und 43 Prozent aller Patentanmeldungen findet zwischen Seattle und Mailand statt. Die Vereinigten Staaten des Westens würden mehr als 60 Prozent aller weltweit eingesetzten Softwareprogramme herstellen. In ihren Grenzen wären 90 Prozent der Flugzeugindustrie beheimatet und 70 Prozent aller Unternehmen des Banksektors. Aber nur noch 250 Millionen Tonnen Stahl von den insgesamt auf der Welt produzierten 1 500 Millionen Tonnen stammen aus westlichen Breiten.

In Asien schießen derzeit ökonomische Zwerge zu Riesen auf. Noch streben die Aufsteigerstaaten keine politische und militärische Machtposition an. Das ist klug für den Moment, aber das wird so nicht bleiben. Die chinesischen KP-Kader sind aus derselben Rippe geschnitten wie wir. Chinas Entwicklung zur Großmacht wird jedes vergleichbare Phänomen der letzten 500 Jahre in den Schatten stellen.

Die Vereinigten Staaten des Westens wären keine Festung. Ihr Fundament würde auf den Werten der Demokratie und der Marktwirtschaft gründen - nicht auf Sprache, Religion, Herkunft oder nationaler Souveränität. Dieser Vielvölker- und Vielreligionenstaat, der sich als Sozial- und Wirtschaftsraum definiert, der ein Reich des organisierten Friedens wäre, um die Worte von Jean Monet zu benutzen, würde sich leiten lassen vom Gedanken der Integration, nicht der Ausgrenzung.

85 Wer ausreichend politische Fantasie besitzt, kann die Vereinigten Staaten des Westens am Horizont bereits erkennen. Aber selbst wenn wir dieses Ziel zu unserer Lebzeit nicht mehr erreichen sollten, lohnt es doch, sich auf den Weg zu machen. Oder um es in den Worten von Marcel Proust zu sagen: "Der wirkliche Gewinn einer Entdeckungsreise ist nicht das neue Land, sondern der neue Blickwinkel."

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags. (C) Gabor Steingart:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantische-freihandelszone-die-vereinigten-staaten-des-westens/7719596.html> [01.02.2013]

M 4 TAFTA – eine weitere Hintertür für neoliberale Reformen

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ist in aller Munde. US-Präsident Obama thematisierte die Transatlantic Free Trade Area (TAFTA) in seiner jüngsten Regierungserklärung und auch Angela Merkel und David Cameron konnten sich auf dem letzten EU-Gipfel kaum etwas Schöneres vorstellen, als mit den USA eine Freihandelszone zu gründen. Woher kommt dieser plötzliche Enthusiasmus? Die Idee einer transatlantischen Freihandelszone ist ein alter Hut und es ist mehr als unwahrscheinlich, dass die anstehenden Verhandlungen, die Mitte dieses Jahres beginnen sollen, je zu einem nennenswerten Ergebnis kommen. Die Verhandlungen zu TAFTA eignen sich jedoch hervorragend, um auf vielen politischen Ebenen sogenannte „Handelshemmnisse“ abzubauen. TAFTA ist somit wie eine Matroschka-Puppe. Man weiß nicht, was in ihr steckt. Von Jens Berger

Die Idee des Freihandels ist so alt wie der internationale Handel selbst. Teile der Wirtschaft haben kein Interesse daran, entweder im eigenen oder in einem anderen Land durch Zölle oder protektionistische Politik behindert zu werden. Andere Teile der Wirtschaft wollen hingegen durch Zölle und Protektionismus gegen die Konkurrenz aus dem Ausland geschützt werden – dazu zählt in Europa beispielsweise die Agrarwirtschaft. Freunde des Freihandels begründen den Abbau von Handelsschranken dabei immer wieder gerne mit dem Argument, Freihandel würde Wachstum schaffen. Doch dieses Argument ist in einer globalisierten Welt reichlich schräg und gilt streng genommen nur dann, wenn der Freihandel die eigene Seite deutlich gegenüber der anderen Seite bevorteilt. Bereits im ersten Semester lernt jeder Ökonomie-Student, dass sich das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen nach der Formel $BIP = C$ (Konsum) + I (Investitionen) + G (Staatsausgaben) + Ex (Exporte) – Im (Importe) berechnet. Der Freihandel lässt zwar die Summe der Exporte steigen, gleichzeitig steigt jedoch auch die Summe der Importe. Ein „faites“ Freihandelsabkommen, von dem beide Seiten gleichzeitig profitieren, ist somit wachstumsneutral. In der Praxis geht es auch selten um die absoluten Zahlen, sondern meist nur um Handelsströme. Wer in einer Freihandelszone ist, hat deutliche Vorteile gegenüber Mitbewerbern, die außerhalb dieser Freihandelszone sind. Es wird globale dadurch kein Wachstum geschaffen, es werden lediglich Handelsströme umgelenkt.

Schon heute spielen die Zölle fast keine Rolle mehr

Meist wird Freihandel mit dem Wegfall von Zollschränken assoziiert. Das ist generell auch nicht falsch, bei der Diskussion rund um TAFTA spielen die Zölle jedoch eine sehr untergeordnete Rolle. Im Schnitt fallen beim transatlantischen Handel gerade einmal drei Prozent für die Zölle an. Viele technische Produkte sind bereits heute zollfrei, jedoch gibt es nennenswerte Zölle auf Agrarprodukte. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Freunde eines Freihandelsabkommens ihre Wachstumshoffnungen auf Exportüberschüsse im Agrarsektor setzen. In Deutschland zählen neben dem Außen- und Großhandel vor allem die Industrielobbys mit ihrem verlängerten Arm in die CDU, CSU, FDP und SPD zu den großen Befürwortern von TAFTA. Und dabei geht es nicht um ein paar Prozent Zollgebühren.

90 Diesseits und jenseits des Atlantiks erhofft man sich, durch TAFTA Wettbewerbsvorteile gegenüber
Konkurrenten aus anderen Regionen zu gewinnen – und hier spielt neben China auch Japan eine
Rolle. Neben den eher geringen Vorteilen durch den Wegfall der Zollschränken geht es dabei vor
95 allem um einheitliche Richtlinien. Für die europäische Pharma-Industrie wäre es beispielsweise ein
großer Vorteil, wenn ihre Medikamente, die bereits nach der vergleichsweise laschen
EU-Arzneimittelverordnung zugelassen wurden, ohne weitere Zulassungsverfahren durch die Food
and Drug Administration auch in den USA vertrieben werden dürften. Es ist jedoch extrem
unwahrscheinlich, dass die USA sich einem solchen Passus im Freihandelsabkommen beugen
würden. Umgekehrt ist es kaum vorstellbar, dass die EU ihren Markt für Agrarprodukte aus den USA
100 öffnet und beispielsweise ihre Richtlinien für „Genmais“, „Hormonrindfleisch“ und „Chlorhühner“
abschafft – nicht wegen des Verbraucherschutzes, der ohnehin nur klein geschrieben wird, sondern
wegen der wirtschaftlichen Interessen der übermächtigen europäischen Agrarlobby.

USA und EU – in Freihandelsfragen chronisch uneins

Wer denkt, dass die USA und die EU in Sachen Freihandel auf einer Wellenlänge liegen, täuscht
sich gewaltig. Seit Ewigkeiten streiten sich die Lobbyisten beider Wirtschaftsräume bereits in den
Verhandlungen zu den GATT- und später den WTO-Runden. Die aktuelle WTO-Runde mit dem
105 Namen „Doha-Runde“ läuft nun schon seit 2001 und es ist heute unwahrscheinlicher denn je, dass
sie jemals zu einem Ergebnis kommt. Anders als TAFTA ist die Doha-Runde kein bilateraler Ansatz,
sondern ein globaler, der für alle 158 WTO-Mitglieder gilt und daher auch von allen Mitgliedern
verhandelt wird. Die EU war in der Doha-Runde stets ein treibender Part, während neben China vor
110 allem auch die USA immer wieder auf die Bremse drückten. Und nun sollen die beiden
Wirtschaftsräume, die bei der Doha-Runde in zahlreichen Punkten meilenweit auseinander liegen,
einen „großen Wurf“ bei TAFTA hinlegen, wie es Bundeswirtschaftsminister Rösler eben so
nassforsch wie kompetenzfrei verkündet? Nicht nur die EU und die US-Regierung müssten TAFTA
zustimmen, sondern auch das Europaparlament und jedes der 27 nationalen EU-Parlamente. Wer
115 weiß, mit welchen Mitteln sich alleine die verschiedenen nationalen Agrarlobbys auf EU-Ebene
bekämpfen, kann sich schwerlich vorstellen, dass es diesseits des Atlantiks ein einstimmiges Votum
zu einem „großen Wurf“ in Sachen TAFTA kommen könnte. Und auch die USA sind natürlich nicht
frei von Lobbyinteressen. Es ist kaum vorstellbar, dass der US-Kongress seine Zustimmung zu
einem Handelsabkommen geben wird, das die Zollschränken für hochsubventionierte
EU-Agrarprodukte aufhebt und den US-Farmern ernsthafte Konkurrenz entstehen lässt.

120 Und das ist alles auch gut so. Ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ist
überflüssig wie ein Kropf. Da es, wie erwähnt, kaum Zollschränken gibt, wird es bei den
Verhandlungen vor allem um den sogenannten „Bürokratieabbau“ gehen. Die Bürokratie, die
abgebaut werden soll, ist aber zum Nutzen der Gesellschaft. Die Amerikaner wollen zu Recht keine
schlecht getesteten europäischen Arzneimittel und die Europäer wollen ebenfalls zu Recht keinen
125 Genmais und kein Hormonrindfleisch. Die entscheidende Frage ist daher: Warum verhandelt man,
wenn man ohnehin zu keinem Ergebnis kommt?

TRIPS, SOPA, ACTA – was steckt in TAFTA?

Die TAFTA-Verhandlungen sind erst einmal auf zwei Jahre angelegt. Die Erfahrung zeigt jedoch,
dass solche Verhandlungen auch mehrere Jahrzehnte dauern können – erst Recht, wenn sie so
komplex sind, wie es bei den TAFTA-Verhandlungen zu erwarten ist. Unter dem Vorwand, diese
130 oder jene Gesetzgebung sei „alternativlos“, da sie eine Grundvoraussetzung für ein

TAFTA-Abkommen sei, kann unpopulären Gesetzen so das Label des „Sachzwangs“ verpasst werden. Was gehört dazu?

135 Es ist zu erwarten, dass über die TAFTA-Verhandlungen auch die Themen Verschärfung des Urheberrechts und Schutz geistigen Eigentums wieder auf den Tisch kommen. Die USA haben großes Interesse daran, dass die amerikanischen Rechte und Patente für immaterielle Güter wie multimediale Inhalte und Software in der EU gestärkt werden. Das TRIPS-Abkommen⁷ geht vielen Lobbyisten hier nicht weit genug. Akronyme wie SOPA⁸ und ACTA⁹ lassen erahnen, wohin die Reise geht. Aber auch in der materiellen Wirtschaft könnte TAFTA als Vorwand für eine weitere Deregulierung und Privatisierung genutzt werden. Überall dort, wo amerikanischen Unternehmen der unbehinderte Zugang zu den europäischen Märkten fehlt, könnte im Rahmen der TAFTA-Verhandlungen eine Deregulierung gefordert werden. Dies reicht von der Wasserversorgung über das Gesundheitssystem [z.B. beim britischen NHS] bis zum breiten Feld der Finanzmarktprodukte. Und hier sind es wohlgerne nicht nur die US-Unternehmen, die sich steigende Profite versprechen. Es geht vor allem darum, den Staat aus möglichst vielen Bereichen heraus zu drängen, Märkte zu deregulieren und die Privatisierung voranzutreiben.

145 *Es ist daher auch gar kein Wunder, dass TAFTA vor allem von Angela Merkel und David Cameron vorangetrieben wird und „Fipsi“ Rösler laut applaudiert. TAFTA hat in letzter Konsequenz alleine schon wegen der geringen Wahrscheinlichkeit, dass es jemals umgesetzt wird, wenig mit dem transatlantischen Handel zu tun. Es geht vielmehr darum, unpopuläre marktliberale Maßnahmen gegen den Willen der eigenen Bevölkerung umzusetzen.*

TAFTA ist momentan nicht mehr als eine leere Hülle. Was TAFTA überhaupt beinhalten soll, wird sich erst während der Verhandlungen zeigen, die im Juni dieses Jahres beginnen. Man muss jedoch kein Prophet sein, um zu erahnen, welche „Reformen“ die europäische Seite im Schlepptau von TAFTA anstrebt. Schreibt der Fiskalpakt den europäischen Ländern eine neoliberale Finanzpolitik vor, könnte TAFTA die von Merkel und Co. gewünschte Ergänzung darstellen, um auch den neoliberalen Deregulierungstraum europaweit umzusetzen.

(CC) BY NC ND Jens Berger: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=16289> [22.02.2013]

Bitte beachten Sie: Kursiv gesetzte Textteile sind nicht Teil der Klausur, müssen aber auf Grund der Lizenzbestimmung des Autors hier mit abgebildet werden.

7 Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum oder TRIPS-Abkommen ist eine internationale Vereinbarung auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte. Es legt minimale Anforderungen für nationale Rechtssysteme fest, die sicherstellen sollen, dass die Maßnahmen und Verfahren zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums nicht selbst zu Schranken für den rechtmäßigen Handel werden.

8 Der Stop Online Piracy Act (SOPA) ist ein Gesetzentwurf, der 2011 im US-amerikanischen Repräsentantenhaus eingebracht wurde. Nach Inkrafttreten sollte dieser amerikanischen Urheberrechtshabern ermöglichen, die nicht genehmigte Verbreitung urheberrechtlich geschützter Inhalte wirksam zu verhindern. Der Vorsitzende des Justizausschusses im Repräsentantenhaus machte gab im Januar 2012 bekannt, dass der SOPA-Entwurf wegen heftiger Kritik vorerst nicht weiter vorangetrieben werden würde.

9 Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement, kurz ACTA, (deutsch Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen) war ein geplantes multilaterales Handelsabkommen. Die teilnehmenden Nationen bzw. Staatenbünde wollten mit ACTA internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen etablieren. Nach umfangreichen, internationalen Protesten lehnte das Europäische Parlament ACTA im Juli 2012 mit großer Mehrheit ab.

Korrektur- und Lösungshinweise

Neuerung: Was müssen die Prüflinge können?

Aufgabe 1: Beschreiben Sie an Hand von M 2 mögliche Zusammenhänge zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung. (14 VP)

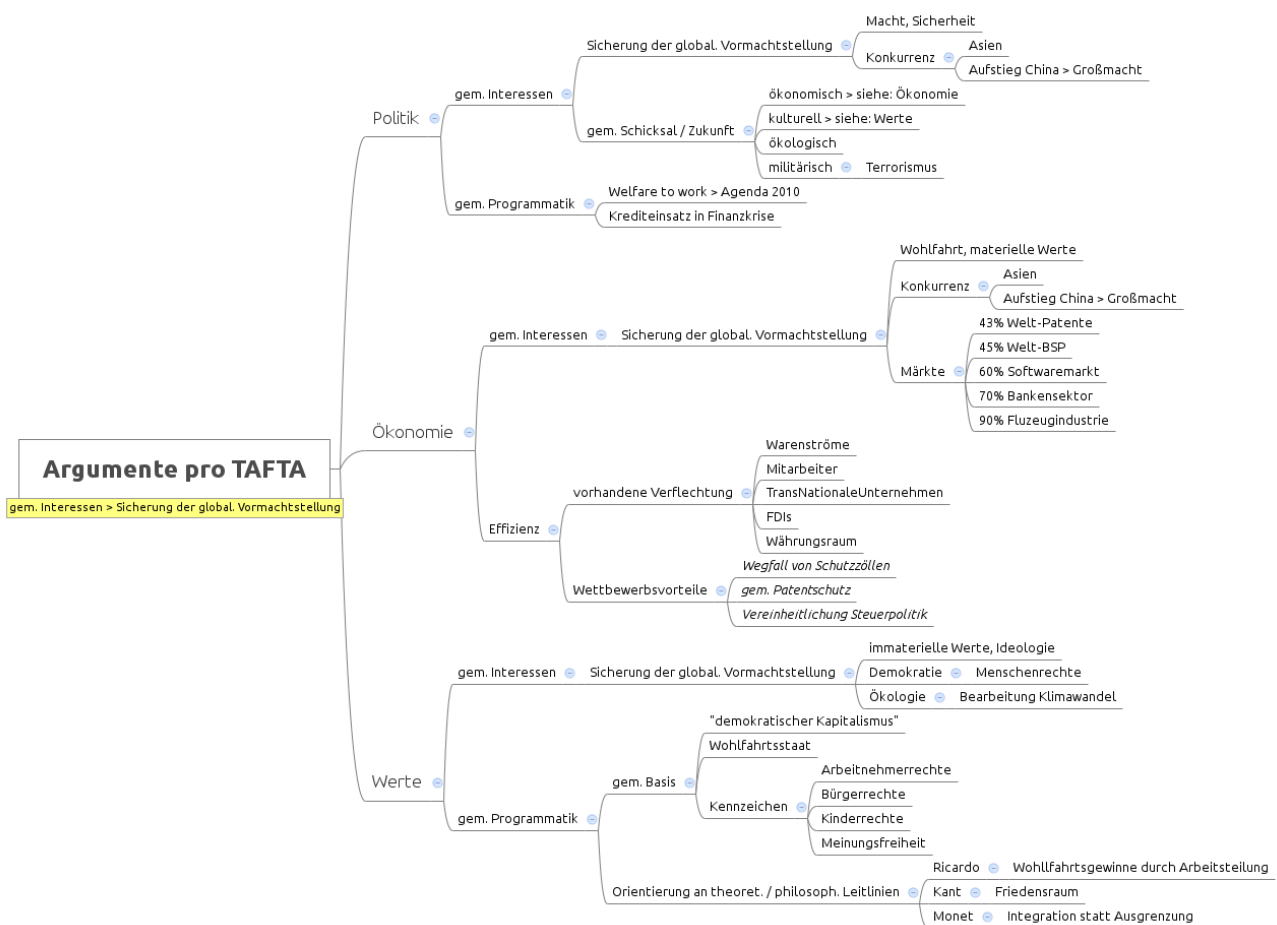
Die Aufgabe verlangt von den Prüflingen, mögliche Zusammenhänge zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung der in den Diagrammen dargestellten Länder und Regionen zu beschreiben. Sie können aus den Diagrammen schließen, dass ein meist deutlicher Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und sinkender Arbeitslosenquote zwar prinzipiell vorliegt, dieser sich jedoch bei einer Betrachtung der Diagrammdetails nicht immer klar erkennen lässt. Weiter erkennen die Prüflinge, dass eine insgesamt sinkende Zollhöhe einen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum zu haben scheint, wobei auch hier die Details in den Diagrammen die Behauptung einer Entwicklungsentsprechung verhindern. Sie stellen weiter fest, dass die Zunahme des durchschnittlichen BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität nicht in einem Zusammenhang mit einer Gleichverteilung der Einkommen stehen muss, wie die gegenläufige Entwicklung des Gini-Index in den USA und der EU zeigt: Angaben zu den Ursachen – z. B. Mechanismen zur sozialen Umverteilung („Sozialstaat“) - fehlen hier. Einfache Kausalitätsbehauptungen verbieten sich für alle Zusammenhänge zwischen den Diagrammen und damit zu den Zusammenhängen zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung.

Die Prüflinge beschreiben, dass das BIP pro Kopf nach PPP in den USA und in der EU bis auf einen Einbruch im Jahr 2009 zunimmt, wenn auch in der EU auf einem um rund 10000 Dollar niedrigerem Niveau (vgl. M 2a). Selbst kleine Veränderungen in der Wachstumskurve scheinen sich auf Veränderungen in der Arbeitslosenquote (M 2b) auszuwirken: Die Abflachung der Wachstumskurve in den USA zwischen den Jahren 2000 bis ungefähr 2002 geht einher mit einer Veränderung der Arbeitslosenquote in den USA von ca. 4 % im Jahr 2002 auf ca. 6 % im Jahr 2002. Weiter zeigen die Wachstumskurven von EU und USA ab dem Jahr 2007/2008 (auf Grund der Finanzkrise) einen deutlichen Einbruch – und parallel hierzu eine kräftige Zunahme der Arbeitslosenquote von ca. 5 % auf fast 10 % in den USA und von ca. 7 % auf fast 10 % in der EU. Der Zusammenhang ist jedoch nicht immer klar erkennbar: Die Zunahme der Arbeitslosenquote in der EU ab 2001 mit etwas über 8 % bis zum Jahr 2005, sowie der sich hieran anschließende Rückgang der Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2007 auf ca. 7 % finden z. B. in der Wachstumskurve der EU keine direkte Entsprechung. Wird von den Prüflingen zur Analyse zusätzlich die durchschnittliche Höhe der Zölle in Prozent für alle Handelsgüter herangezogen (M 2b), zeigt sich zwar insgesamt ein Rückgang der Zollhöhe in den USA wie auch in der EU - eine direkte Entsprechung der hier oft kräftigen Schwankungen scheint aber in der Wachstumskurve oder in der Arbeitslosenquote nicht vorzuliegen. Auch zur Entwicklung des Gini-Index (M 2d) scheint es keine direkte Entsprechung in den anderen Diagrammen zu geben: Hier kann lediglich festgestellt werden, dass in den USA zwischen 1997 und 2007 trotz einer Zunahme des BIP von durchschnittlich mehr als 15000 Dollar pro Kopf die Ungleichheit zugenommen hat – wohingegen in der EU bei einer Zunahme des BIP pro Kopf von mehr als 10000 Dollar im Zeitraum zwischen 1995 und 2011 die Ungleichheit abgenommen hat.

Aufgabe 2: Der Autor von M 3 plädiert für „Die Vereinigten Staaten des Westens“ (vgl. Titel M 3). Erstellen Sie für M 3 eine Mind Map, welche die Argumente für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA darstellt. (14 VP)

Die Prüflingen erkennen, dass der Autor von M 3 für TAFTA auf den Analyseebenen Politik, Ökonomie und Werte („Kultur“) argumentiert. Sie stellen in Form einer Mind Map dar, dass der Autor gemeinsame Interessen zur Sicherung der Vormachtstellung „des Westens“ (M 3) gegenüber aufstrebender Konkurrenz (Asien, China) ins Zentrum stellt und verwenden zur Gliederung zentrale

Fachbegriffe / -kategorien. Eine Reduktion auf die wesentlichen Argumentationslinien ist klar erkennbar. Der Grad an Differenzierung macht es Dritten möglich, die Argumente nachzuvollziehen.



Aufgabe 3: Vergleichen Sie, mit welchen Argumenten die Autoren von M 3 und M 4 zu unterschiedlichen Einschätzungen von „TAFTA“ kommen. (12 VP)

Die Prüflinge erkennen im Vergleich der Texte, dass der Autor von M 3 verstärkt eine Effizienzargumentation für die Analyseebene Ökonomie nutzt, die durch Maßnahmen auf der Analyseebene Politik gesichert und ermöglicht werden sollte. Der Autor von M 4 verweist im Unterschied hierzu auf die „hinter“ dieser Argumentation stehenden Machtinteressen der Privatwirtschaft: die demokratisch legitimierte Macht des Staates solle zu Gunsten privatwirtschaftlicher Interessen beschränkt werden (vgl. M 4 Z. 129 f. und 138 f.). Die Verhandlungen in der WTO und innerhalb der EU zeigten, dass mit Ergebnissen auf Grund von widerstrebenden Lobbyinteressen nicht zu rechnen sei – die Hauptzielrichtung der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen sei die Innenpolitik, in der unpopulären Gesetzen das „Label des 'Sachzwangs' verpasst werden“ könne (vgl. M 4 Z. 131). Beide Autoren stimmen darin überein, dass „TAFTA“ die Vormachtstellung „des Westens“ gegenüber aufstrebenden asiatischen Mächten - und hier insbesondere gegenüber der werdenden Großmacht China (vgl. M 3 Z. 77 f. und M 4 Z. 91 f.) - sichern solle.

Aufgabe 4: Erörtern Sie, ob Freihandelsabkommen die soziale Gerechtigkeit fördern. (20 VP)

Die Prüflinge nutzen in ihrer Erörterung eine Definition des Begriffes „soziale Gerechtigkeit“. Sie können hierzu z. B. im Anschluss an Aristoteles angeben, dass unter Gerechtigkeit moralisch begründete, akzeptierte und wirksame Verhaltens- und Verteilungsregeln verstanden werden sollen,

die Konflikte vermeiden, welche ohne die Anwendung dieser Gerechtigkeitsregeln bei der Verteilung begehrter Güter (oder ungeliebter Lasten) auftreten würden, und dass somit unter „sozialer Gerechtigkeit“ die Vermeidung von sozialer Ungleichheit verstanden werden könne. Die Ergebnisformulierung verdeutlicht, warum welche (auch: vermittelnde) Position eingenommen wurde. Die Prüflinge können ihre Erörterung in einen Pro und Contra Teil gliedern und z. B. ausführen:

Pro: Die meisten Außenhandelstheorien kommen zu dem Ergebnis, dass Freihandel der Wohlfahrt eines Landes mehr dient als Protektionismus (erhöhte Effizienz, schnelleres Erreichen von optimalen Betriebsgrößen durch internationalen Wettbewerb, durch Wettbewerb beschleunigte Innovationen) – nicht umsonst verweist M 3 auf Ricardo (Z. 36). Im Rahmen dieser Theorien führen Zölle zu Produktions- und Konsumverzerrungen und somit zu Wohlfahrtsverlusten für die gesamte Gesellschaft. Ein steigendes BIP ist jedoch Voraussetzung für Bildungs- und Sozialprogramme (BRD: Sozialsstaatsgebot Art 20 I GG) und damit Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Dazu kommt, dass durch die verstärkte Konkurrenz Preise für Güter sinken, was auch dann gut für die Schwachen in der Gesellschaft ist, wenn diese von staatlichen Transferleistungen leben (BRD: Hartz IV).

Contra: Der direkte Nachweis des Zusammenhangs zwischen sozialer Gerechtigkeit im Sinne sozialer Gleichheit gelingt vor dem Hintergrund von M 2 jedoch hier nicht. Nicht umsonst sehen Kritiker im Freihandel die Gefahr von Ausbeutung (z. B. durch Lohndumping im Standortwettbewerb; BRD: Niedriglohnsektor, Aufstocker) und Zementierung bestehender sozialer Unterschiede (BRD: Mindestlohndebatte, PISA-Debatte). Gerade die Institution, die durch Umverteilung für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen könnte, wird durch mehr Freihandel geschwächt: der Staat, dessen nationale Steuerungsfähigkeit im Standortwettbewerb begrenzt wird. Entscheidungen werden in die Exekutive und von dort auf die internationale Ebene verlagert (Governance – oder hier TAFTA-Institutionen / -Regime), das demokratisch direkt legitimierte Parlament bleibt außen vor oder kann nur noch Gesamtpakete bestätigen (BRD: „alternativlos“): Freihandel gefährdet somit nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch die Demokratie an sich.

Unterrichtliche Voraussetzungen

Im Unterricht wurden folgende Kompetenzen gefördert:

Methodenkompetenzen

- Lesekompetenz von Texten
- Lesekompetenz von Diagrammen und Schaubildern
- Analysekompetenz von Diagrammen und Schaubildern
- Visualisierungsmethode Mind Map

Sachkompetenz

- Kenntnisse über Freihandel und damit verbundene Freihandelstheorien – z. B. Ricardo
- Kenntnisse zu Gerechtigkeitsbegriffen (hier z. B.: Verteilungsgerechtigkeit)
- Kenntnis von Verflechtungs- und Interdependenzwirkungen („Globalisierung“)
- Kenntnis politischer Kategorien – hier z. B. Effizienz, Interesse, Macht
- Kenntnis unterschiedlicher Analyseebenen (z. B. Politik, Ökonomie, Werte)
- Kenntnisse zur globalen Rolle EU, USA, China
- Kenntnisse über internationale Organisationen (EU, WTO – Transfer zu „TAFTA“)

Urteilskompetenz

- Urteilsfähigkeit zur Aussagekraft von statistischen Informationen (z. B. Unterschied zwischen Korrelation und Kausalität)
- Urteilsfähigkeit über den Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung (Wohlstand) und sozialer Entwicklung (Wohlfahrt)
- Urteilsfähigkeit zur Wirkung von Interdependenzen („Globalisierung“ und Regionalisierung)

Bezug des Aufgabenvorschlags zu Kompetenzen aus dem Bildungsplan 2004 und zu den Lesehilfen aus der ZPG-Fortbildung („Bündelungsansatz“)

Bildungsplan 2004	Lesehilfe / Strukturierung
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • anhand von Tabellen beziehungsweise Grafiken Entwicklungen der Weltwirtschaft darstellen; • in einem Überblick Dimensionen und Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses erläutern; • Erklärungsansätze für Globalisierung vergleichen und beurteilen; • die Chancen und Risiken einer zunehmenden Verflechtung und Interdependenz der Weltwirtschaft darstellen und erörtern; • Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik erörtern und dabei die Rolle des Nationalstaates beurteilen; 	<ul style="list-style-type: none"> • Wo liegen die Grenzen und Risiken der Globalisierung? • Soll und kann nationale und internationale Politik Globalisierung gestalten? • Vergleiche: Ergebnissicherung im Fallbeispiel <i>Zuckermarkt</i> > „Chancen und Risiken Freihandel“